

Chinas heimliche Revolution

Auch wenn ein Durchbruch beim Klimagipfel in Kopenhagen in weite Ferne gerückt ist - Peking hat eine klimapolitische Wende vollzogen. Jetzt braucht es Unterstützung der EU, um die ehrgeizigen Ziele auch umzusetzen.

von Björn Conrad (Forscher am Global Public Policy Institute in Berlin)

In den Wochen vor Kopenhagen haben sich einmal mehr die großen Erwartungen der Klimaschützer in Ernüchterung verwandelt. Die vollmundigen Ankündigungen der Obama-Regierung sind in den langen Gängen des US-Kongresses ergebnislos verklungen. Der hellste Hoffnungsschimmer leuchtet nun aus unerwarteter Richtung: China, der weltweit größte CO₂-Produzent, hat still und leise eine Revolution in der Klimapolitik vollzogen.

Selbst Umweltaktivisten, normalerweise nicht sparsam mit Kritik an Chinas Regierung, machen keinen Hehl aus ihrer Zufriedenheit über die Dynamik, mit der sich Peking der Klimaproblematik angenommen hat. Beginnend mit dem Ziel, Chinas Energieeffizienz von 2005 bis 2010 um 20 Prozent zu steigern, hat Peking eine wahre Lawine an ambitionierter Klimagesetzgebung losgetreten. Von strengen Kfz-Abgasnormen bis zur Schließung ineffizienter Kraftwerke, von Aufforstungsprojekten bis zur radikalen Reduzierung der Nutzung von Plastiktüten hat Peking seine Gesetzgebung auf Klimaschutz getrimmt. Selbst das Bewertungssystem für Regierungsbeamte beinhaltet eine Umweltkomponente.

Umfangreiche Initiativen, beispielsweise zur Förderung erneuerbarer Energien, deren Anteil am Gesamtenergiebedarf bis 2020 mindestens 15 Prozent betragen soll, geben Grund zur Hoffnung. Die Kapazität chinesischer Windkraftanlagen hat sich im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt. Zudem ist China mittlerweile der weltweit zweitgrößte Hersteller von Photovoltaikanlagen. Wenn sich die momentane Entwicklung fortsetzt, wird China seine Ziele im Bereich erneuerbarer Energien voraussichtlich bereits vor 2020 erfüllen können.

Dieses alles wird nicht genügen, um den Emissionsanstieg durch Chinas rasantes Wirtschaftswachstum ausgleichen zu können. Aber die Maßnahmen könnten zu einer deutlichen Verlangsamung des Anstiegs führen. Analysten schätzen, dass China bei vollständiger Umsetzung der Klimagesetze zwischen 2005 und 2020 bis zu 4,5 Milliarden Tonnen CO₂-Emissionen einsparen könnte. Dies ist ungefähr die Reduzierungsmenge, die die EU in Kopenhagen für China anmahnen wird.

Die Umsetzung der ambitionierten Klimagesetze stellt Peking jedoch vor enorme Herausforderungen. Angesichts der schwachen Implementierungsfähigkeit der Zentralregierung, der ausgeprägten Partikularinteressen auf Provinzebene sowie einer oft korrupten lokalen Bürokratie, bleibt es fraglich, inwieweit die hehren Ziele Pekings umgesetzt werden können. In Peking mag sich momentan alles um den Klimaschutz drehen. In der Provinz Shanxi, dem Kohlehügel Chinas mit einer jährlichen Kohleproduktion von mehr als 300 Millionen Tonnen, haben die lokalen Kader sicher anderes im Sinn.

Wenn die EU - und insbesondere Deutschland - ihre Rolle als Vorreiter im Kampf gegen die Erderwärmung ernst nimmt, kann sie China in diesem schwierigen Unterfangen nicht allein lassen. Europa muss alle Erfahrung in die Waagschale werfen, um Chinas Klimarevolution zu unterstützen. Insbesondere in der Umsetzung einer integrierten Klimapolitik in einer Vielzahl äußerst unterschiedlicher Regionen hat die EU eine Expertise aufgebaut, die für China von unschätzbarem Wert sein kann. In dieser Hinsicht sind sich Polen und Shanxi nicht unähnlich.

Die Vorteile einer engen Kooperation sollten für China auf der Hand liegen. Doch Peking bleibt vorsichtig. Zu groß ist noch immer die Sorge, dass umfangreiche Zusammenarbeit ein Tor für die Einflussnahme auf chinesische Innenpolitik öffnet. Solange die Pekinger Regierung vor einer Zusammenarbeit zurückschreckt, die über das Ausstellen von Schecks und die Übergabe technischer Blaupausen hinausgeht, werden die europäischen Erfahrungswerte ihr Potenzial in China nur schwerlich entfalten können.

Warum also jemandem helfen, der sich offenbar nicht helfen lassen will? Weil die sich bietende Chance zu groß und das Problem zu dringlich ist, um die Gelegenheit ungenutzt vorbeiziehen zu lassen. Europa wird seine Überzeugungsarbeit deutlich verbessern müssen - und Deutschland sollte dies vorantreiben. Die EU wird strategische Partnerschaften mit jenen chinesischen Akteuren aufbauen müssen, die einer vertieften Zusammenarbeit wohlwollend gegenüberstehen. Es gibt diese Stimmen in China, und sie werden zahlreicher. Aber sie können Unterstützung in Form schlagkräftigerer Argumente für eine Partnerschaft mit Europa gut gebrauchen.

In Sachen Klimapolitik kann China viel von Europa lernen. Doch dies gilt auch in die andere Richtung: Peking scheint sich vom lähmenden Fokus auf die Kosten der Emissionsreduktion zu befreien. Die Vision einer grünen Wirtschaftsentwicklung wird vermehrt als Chance wahrgenommen - als Leitfaden in eine Zukunft nachhaltigen Wachstums. Ein Funke dieses Enthusiasmus würde auch der blass gewordenen europäischen Klimapolitik einen neuen Glanz verleihen.